Klimaschutz, der wirkt: Was können wir im Kanton und der Gemeinde erreichen?

Zürich, 02.07.2019, Version 2.0

Wozu dieser Klimaschutz-Katalog für Kantone und Gemeinden?

Kantone und Gemeinden entscheiden mit, wie wir wohnen, welche Verkehrsinfrastruktur es gibt und wo wir die Freizeit verbringen – alles äusserst klimarelevante Faktoren. Kantone und Gemeinden setzen wichtige Rahmenbedingungen und bestimmen damit stark, wie klimafreundlich oder klimaschädlich wir alle uns verhalten. Nur wenn neben dem Bund auch Kantone, Gemeinden und Haushalte mit ihren Entscheidungen die Umsetzung der Pariser Klimaziele unterstützen, sind diese Ziele zu schaffen.

Aber wer bestimmt, was Kantone und Gemeinden entscheiden? Wir können darauf Einfluss nehmen. Dieses Dokument zeigt, wo und wie sich besonders viel machen und erreichen lässt. Der folgende Katalog sammelt bisherige und neue Umsetzungsideen und er ordnet sie ein. Damit soll er Orientierungshilfe und Ideen für die Klimapolitik der Kantone und Gemeinden anbieten. Der Katalog richtet sich an alle, die Klimaschutz in der Schweiz deutlich voranbringen wollen – von Jung bis Alt, von der etablierten Politikerin bis zum Schüler oder der Seniorin mit Tatendrang. Viele der Massnahmen werden durch einen formalen Vorstoss (Motion, Postulat,

Klimapolitik. Die Revision dieses Gesetzes ist in einem ersten Anlauf gescheitert und wird frühestens per 1.1.2021 totalrevidiert in Kraft treten. Es wird auch im besten Fall nicht genügen, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen oder gar die Forderungen der Klimastreik-Bewegung zu erfüllen. Wer sich direkt in die nationale Politik einmischen will, findet Hintergrundwissen und wirksame Massnahmen im Klima-Masterplan der Klima-Allianz Schweiz.

Geschäfte stöbern.

Wie kann ich beitragen?

Dieser Katalog ist ein lebendes Dokument. Ideen kopieren, abändern, ergänzen etc. ist herzlich erwünscht. Haben Sie eine Idee, die noch fehlt? Oder haben Sie eine der präsentierten Ideen mit einem konkreten Antrag oder gar Gesetzestext umgesetzt? Oder sind Sie grandios gescheitert mit

einer Idee, weil diese hier schlecht begründet ist oder gar nicht funktioniert? Dann melden Sie sich bei climate@wwf.ch und wir versuchen, Ihre Anregungen im nächsten Update einfliessen zu lassen.

Interpellation etc.) an das Parlament oder die Exekutive angestossen. Be-

reits existierende Vorstösse bilden eine äusserst hilfreiche Grundlage für

die Formulierung des eigenen Anliegens. Wenn Sie schon wissen, welche

Schluss dieses Dokuments verlinkten Datenbanken der parlamentarischen

Auf nationaler Ebene ist bisher das CO₂-Gesetz das Hauptinstrument der

Massnahmen Sie einfordern wollen, können Sie auch direkt in den am

Inhalt

Wozu dieser Klimaschutz-Katalog für Kantone und Gemeinden?	1
Wozu dieser Klimaschutz-Katalog für Kantone und Gemeinden?	1
Klimaschutz in der Schweiz: Was sind Ziele und Herausforderungen?	
Bund, Kantone & Gemeinden: Wer hat welche Kompetenzen beim Klimaschutz?	
Wann bringt eine Massnahme wieviel?	4
Klimaschutz in der Gemeinde : Was sind die wirksamsten Massnahmen?	4
Allgemein	
Bereich Energieversorgung und Gebäude	5
Bereich Mobilität	
Bereiche Ernährung und Landnutzung	8
Bereiche Ernährung und Landnutzung	8
Klimaschutz im Kanton: Was sind die wirksamsten Massnahmen?	9
Allgemein	9
Bereich Gebäude	
Bereich Mobilität	11
Bereich MobilitätBereich Ernährung	12
Bereich Landnutzung	13
Anlagepolitik für Pensionskassen	14
Das Rad nicht neu erfinden – sondern gute Beispiele nutzen	15
Und mein eigener Fussabdruck?	15
Quelle und Copyright	15

Klimaschutz in der Schweiz: Was sind Ziele und Herausforderungen?

Das Klimaabkommen von Paris und der IPCC-Bericht von 2018 setzen den Standard und liefern eine einfache Antwort auf die Frage, was die Klimapolitik erreichen muss: Die Treibhausgasemissionen müssen netto auf null sinken. Das bedeutet: Unvermeidbare Emissionen müssen durch so genannte negative Emissionen vollständig ausgeglichen werden. Negative Emissionen sind möglich, wenn Wälder, Ozeane, Böden sowie allfällige neue Technologien zusätzliches CO₂ dauerhaft und sicher aus der Atmosphäre entfernen.

Soll die globale Erwärmung unter 1.5 Grad bleiben, muss dieser Netto-Null-Zeitpunkt laut Wissenschaft weltweit 2050 erreicht werden.

Wann jedes einzelne Land dieses Ziel erreichen muss, kann nicht ohne ethisch-moralische und technologisch-ökonomische Überlegungen bestimmt werden. Es ist also nicht objektiv festzulegen, ob dies für die Schweiz 2030 (Forderung Klimastreik), 2038 (Modellannahme Klima-Allianz im Klima-

Masterplan) oder 2050 (Eidgenössische Gletscher-Initiative) erreicht sein muss. Sicher muss die Schweiz das Netto-Null-Ziel früher als der Weltdurchschnitt erreichen. Schliesslich sind Technologien und Investitionskapital hier gut verfügbar, das politische System funktioniert und mit den hohen Emissionen der Vergangenheit hat die Schweiz eine moralische Verpflichtung.

Verschiedene Studien und auch die Internationale Energieagentur haben gezeigt, dass es im Prinzip sehr einfach ist, das Erwärmungsziel von maximal 1.5 Grad noch zu erreichen. Ab sofort dürfen nur noch Investitionen getätigt werden, welche keine direkten Emissionen mehr verursachen. Alle bestehenden Anlagen mit CO₂-Emissionen (Heizungen, Autos, Industrieprozesse etc.) werden also nach ihrer technischen Lebensdauer durch klimaverträgliche Alternativen ersetzt. Dieser Ansatz ist meist auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Denn so muss man keine Anlagen aus Klimaschutzgründen vorzeitig ausser Betrieb nehmen.

Leider ist diese einfache Massnahme noch nicht mehrheitsfähig. Deshalb werden viele weitere Massnahmen nötig sein, die es entweder wirtschaftlich unattraktiv machen, klimaschädigende Investitionen zu tätigen, oder bei einzelnen Technologien Teilverbote festlegen.

Da es nicht für jede Anwendung fossiler Energien schon jetzt perfekte Alternativen gibt, die zudem gleich günstig sind, soll man auch offen über die

Änderung von Konsumgewohnheiten sprechen. Ein gutes Beispiel ist der Verzehr von Fleisch und Milchprodukten oder von Früchten und Gemüse ausserhalb der Freilandsaison in der Schweiz. Ebenfalls sehr relevant: Soll ich noch fliegen? Oder warte ich damit, bis es klimaverträgliche Flugzeuge gibt, und erkunde unterdessen die Schweiz und Europa per Zug? Der aktuell laufende gesellschaftliche Diskurs zu diesen Themen ist sehr wichtig. Denn solche Entscheide kann der Staat uns allen nicht abnehmen. Aber er kann es uns einfach machen, klimaverträgliche Konsummuster zu erproben. Z.B. indem er Flugreisen mit dem Preis versieht, der dem verursachten ökologischen Schaden entspricht.

Der Klima-Masterplan zeigt zudem auf, dass die Schweiz indirekt über den Finanzplatz und direkt über den Warenimport, den Export von energieverbrauchenden Gütern, Direktinvestitionen in Drittländern, den internationalen Flugverkehr und durch Mitentscheide in Entwicklungsbanken oder anderen weltweit relevanten Gremien weit über die Landesgrenzen hinaus Treibhausgasemissionen mitverursacht. Die Schweiz hat also gute und grosse Hebel, um auch im Ausland aktiv zum Klimaschutz beizutragen. Diese sollen parallel zu den Emissionen im Land angegangen werden.

Bund, Kantone & Gemeinden: Wer hat welche Kompetenzen beim Klimaschutz?

In der Schweizer Bundesverfassung gibt es keinen speziellen Artikel zur Klimapolitik. Klimapolitik ist mitgemeint beim Umweltartikel, und die Energie- und Landwirtschaftsartikel decken wichtige Sektoren ab.

Das Bundesamt für Umwelt übernimmt denn auch viele Aufgaben im Klimaschutz, insbesondere durch das CO₂-Gesetz. Dieses CO₂-Gesetz setzte Emissionsziele für die ganze Schweiz, regelt Lenkungsabgaben auf CO₂ aus Brennstoffen, Kompensationspflichten der Treibstoffimporteure, setzt Flottenzielwerte für Personen- und Lieferwagen fest und kennt auch Förderinstrumente für Gebäudesanierungen oder neue Technologien. Das Bundesamt für Energie ist automatisch mit dabei, z.B. wenn es um die Fahrzeugeffizienz oder erneuerbare Energien und Energieeffizienz geht. So trägt auch das Energiegesetz auf nationaler Ebene dazu bei, Treibhausgasemissionen zu mindern. Das Bundesamt für Landwirtschaft ist für die Umsetzung der Klimastrategie Landwirtschaft (Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel für eine nachhaltige Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft) vom Mai 2011 verantwortlich.

Per Verfassung haben die **Kantone** die Hoheit über Massnahmen im Gebäudebereich. Deshalb sind die kantonalen Energiegesetze und Energieverordnungen einer der wichtigsten Pfeiler der Klimapolitik. Dort wird festgeschrieben, wie gut Häuser gedämmt werden müssen und welche Heizungen noch zulässig sind. Zudem ist das Kantonsstrassennetz gross und die

Wann bringt eine Massnahme wieviel?

Im folgenden Katalog machen wir grobe Abschätzungen, wie wirksam eine Massnahme ist. Nicht berücksichtigt ist, dass Massnahmen im Kanton (viele

Kompetenzen beim öffentlichen Verkehr sind erheblich. Ein wichtiger Teil der Verkehrspolitik wird also kantonal und kommunal beschlossen.

Gemeinden betreiben Klimaschutz vor Ort. So sind sie u.a. zuständig für den Energierichtplan, für <u>die Bau- und Zonenordnung</u>, für Baureglemente, für die Quartierplanung, das öffentliche Beschaffungswesen oder die Energieversorgung. Nicht zuletzt bestimmt die Gemeinde Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien für ihre eigenen Liegenschaften und ist damit auch ein Vorbild für die Einwohnerinnen und Einwohner.

Die Schweiz ist prinzipiell nach dem Modell der Subsidiarität organisiert. Entscheide sollen also auf der tiefstmöglichen staatlichen Ebene getroffen werden. Ob dieses Prinzip auch in Zeiten eines Klimanotstandes taugt, ist unklar. Klar ist hingegen, dass das Prinzip auch viele Vorteile hat und oftmals viel rascher gute Lösungen auf Ebene Gemeinde oder Kanton umgesetzt werden können. So kennt z.B. der Kanton Basel-Stadt de facto bereits ein (Fast-)Ölheizungsverbot. Als Faustregel gilt: Alle Regeln, die man via Nachbarkanton oder Nachbargemeinde leicht umgehen kann, sollten kantonal resp. national vereinbart werden. So macht es beispielsweise wenig Sinn, den Benzin- oder Heizölpreis nur in einer Gemeinde zu erhöhen. Bauvorschriften hingegen könnte eine Stadt auch für sich alleine festlegen, denn sein Grundstück oder sein Haus kann man nicht ohne weiteres zügeln.

Einwohner) wirksamer sind als in Gemeinden (wenige Einwohner). Auch unterschiedliche Gemeindegrössen sind nicht berücksichtigt.

Klimaschutz in der Gemeinde: Was sind die wirksamsten Massnahmen?

Allgemein

Über 60% der SchweizerInnen leben in einer Gemeinde mit dem Label <u>Energiestadt</u>. Diese Gemeinden sind zwar auf dem richtigen Weg, aber noch

längst nicht am Ziel. Dabei liegt ein grosses Potenzial bei Gemeinden, denn sie verfügen nicht nur über viel Handlungsspielraum, in Gemeinden gehen Veränderungen oft auch schneller als auf Bundes- oder Kantonsebene. Gemeinden sind ganz **unterschiedlich politisch organisiert** und können unterschiedliche Adressaten haben für einen Vorstoss (z.B. zuständiges

Gemeinderatsmitglied bzw. städtische Energie- oder Baudirektion, Energie-kommission, Gemeindeparlament).

Welche Massnahme?	wie wirk- sam?	wirksam in?	was sollte man wissen?
Ehrgeizige kommunale Klimaziele festlegen	© ©	1 Jahr	z.B. mit der Verankerung der 2000-Watt-Gesellschaft in der <u>Gemeinde-ordnung</u> oder als <u>Legislaturschwerpunkt oder schärferen Klimazielen.</u>
Die gemeindeeigene Klima- und Energiepolitik am Pariser Klimaabkommen ausrichten und die Gemeinde so schnell wie möglich klimaneutral machen	© © ©	1-5 Jahren	Nebst der Verankerung der Ziele z.B. in einem <u>kommunalen Energieleitbild</u> wird am besten ein ganzes Massnahmenpaket zur Zielerreichung mitgeliefert: wie z.B. in <u>Zürich</u> , <u>Luzern</u> oder Bern <u>(Vorstosspaket und Handlungsplan)</u> .
Klimaschutz in der Gemeinde zur Querschnittsauf - gabe machen	@ @	Monaten	z. B. durch Gründung einer <u>Klima-Taskforce</u> , Einführung einer (inoffiziellen) Klimaverträglichkeitsprüfung und/oder Ausrufung <u>des Klimanotstands</u> (wie z. B. in <u>Liestal</u> oder <u>Wil</u> beantragt)

Bereich Energieversorgung und Gebäude

Das Potenzial an erneuerbarer Energie ist allein auf unseren Dächern und Fassaden riesig: Auf allen geeigneten Dächern und Fassaden könnten wir in der Schweiz pro Jahr 69 TWh Solarstrom produzieren (Stromverbrauch Schweiz liegt unter 60 TWh/a). Wir sind aber im europäischen Vergleich massiv im Rückstand und landen z.B. bei der Pro-Kopf-Produktion von Solar- und Windstrom gerade mal auf Platz 25 von 28.

Gemeinden sind für die gemeindeeigenen Energieerzeugungsanlagen sowie für die Umsetzung der kantonalen und bundesrechtlichen Vorschriften verantwortlich (z.B. zur Stromeffizienz). Als Baubewilligungsbehörden bestimmen sie beim Zubau erneuerbarer Energien stark mit. Nicht zuletzt kann die Gemeinde als Eigentümerin des eigenen Energieversorgungs-Unternehmens (EVU) in erneuerbare Stromproduktion investieren

Welche Massnahme?	wie wirk- sam?	wirksam in?	was sollte man wissen?
Alle geeigneten Dächer und Fassaden von Gebäuden der öffentlichen Hand (z.B. Schulhäuser) mit Solarpanels bedecken	©	1-2 Jahren	Eine erste Einschätzung, ob eine Fläche geeignet ist, gibt www.sonnendach.ch . Viele Gemeinden haben auch schon einen detaillierteren Solarkataster. Es gibt unterschiedliche Modelle für die anschliessende Nutzung, z.B. Eigenstromnutzung , eine Beteiligungslösung des EVU für Private (Beispiel

Bereich Mobilität

Kommunale Verkehrsmassnahmen haben oft einen Lenkungseffekt. So haben das Parkplatzangebot und dessen Preis wesentlichen Einfluss auf die Verkehrsmittel-Wahl. Für sinkende Emissionen braucht es eine Verschiebung vom motorisierten Individualverkehr zum ÖV und Fussverkehr. Der lokale Fuss- und Veloverkehr muss eine Schlüsselrolle erhalten. Zudem muss

Car-Sharing an Bedeutung zulegen. Die Gemeinde soll bei der Beschaffung ihrer eigenen Fahrzeuge auf Elektromobilität setzen. Und ob Polizistin oder Gemeinderat – auch die Gemeindeangestellten sollen möglichst mit Velo und zu Fuss unterwegs sein.

Welche Massnahme?	wie wirk- sam?	wirksam in?	was sollte man wissen?
Die Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) verbessern	000	Monaten bis Jahren	lange Betriebszeiten, kurze Fahrzeiten, wenig Umsteigen – all das macht den ÖPNV gegenüber dem motorisierten Individualverkehr attraktiver
Sichere und attraktive Velowege schaffen	00	Monaten bis Jahren	Das subjektive Sicherheitsgefühl der Velofahrer/innen ist der grösste Hebel, um sie fürs Velofahren zu gewinnen
Attraktiven Fusswegverbindungen und Strassenräume mit hoher Aufenthaltsqualität schaffen	©	Monaten bis Jahren	So wird auch Zufussgehen zu einer beliebten Mobilitätsalternative für kurze Strecken
Die gemeindeeigene Fahrzeugflotte vollständig auf energieeffiziente Elektromobile umstellen	©	Monaten bis Jahren	Elektrofahrzeuge und andere effiziente Fahrzeuge sind die Visitenkarte jeder Gemeinde.
Alle städtischen Parkplätze zunehmend nur noch für Elektroautos zur Verfügung stellen – Wagen mit fossilem Verbrennungsmotor brauchen Sonderbewilligung	© © ©	wenigen Monaten	E-Mobilität reduziert die Emissionen des Verkehrs. Damit die heutigen Autofahrer auf e-Fahrzeuge umsteigen, helfen gezielte Anreize.
I <u>n grösseren Städten (mit ohnehin sinkender PW-Dichte)</u> Park- platzvorschriften bei Gebäuden lockern	©	wenige Monate	Schreibt das Baugesetz pro Wohnung oder Bürofläche zu viele Garagen- und Parkplätze vor, werden diese oft genutzt. Würde das eigene Fahrzeug ein paar 100m entfernt stehen, würden alle anderen Verkehrsmittel attraktiver.
Verkehrsintensive Anlagen wie Multiplexkinos, Einkaufszentren, grosse Sportanlagen besser an den ÖV anschliessen und gleichzeitig das Parkplatzangebot reduzieren	©	wenigen Jahren	Durch diese Doppelstrategie lässt sich wirksam der Autoverkehr zu diesen Zielen reduzieren

Welche Massnahme?	wie wirk- sam?	wirksam in?	was sollte man wissen?
Zeitplanerstellen und kommunizieren, ab welchem Zeitpunkt (z.B. 2030) das Stadtgebiet (oder Innenstadt) nicht mehr mit Verbrennungsmotoren befahren werden kann.	© ©	Monaten bis Jahren	Aktuell würden Bund und Kantone solche Verbote verbieten, da gewisse Verfassungs- und Gesetzesgrundlagen fehlen. Eine Vorankündigung dürfte trotzdem sofort Wirkung zeigen und das übergeordnete Recht wird bis 2030 mit Sicherheit angepasst.
Autoarmes Wohnen fördern	© ©	wenigen Jahren	Nicht nur aus Klimasicht förderlich. Es bleibt mehr Platz für anderes! Die Verkehrsinfrastruktur in der Schweiz hat eine Fläche in der Grösse des Kantons Thurgau. Es gibt mehrere autoarme und autofreie Siedlungen in der Schweiz, die erfolgreich betrieben werden (z.B. Siedlung Burgunder, Bern-Bümpliz).
<u>Autofreies Wohnen</u> einfach machen, breites Angebot an Carsharing-Parkplätzen, Mietvelos, Orts- und Rufbusse	© ©	wenigen Jahren	Aufgrund der guten Verkehrsangebote steigt der Anteil an autofreien Haushalten in den Städten: in Basel (52%), Bern (57%) und Zürich (53%) besitzt 2015 über die Hälfte aller Haushalte kein eigenes Auto mehr.
Temporeduktion auf Tempo 30	©	wenigen Monaten	Temporeduktionen für den motorisierten Verkehr in Kombination mit einer Aufwertung des öffentlichen Raumes führen zu mehr Sicherheit, zu mehr Aufenthalts- und Lebensqualität und zu einem verminderten Treibstoffverbrauch.
E-Mobilität in der Bau- und Zonenordnung verankern	©	wenigen Jahren	E-Mobilität reduziert die Emissionen des Verkehrs. Damit die heutigen Autofahrer auf e-Fahrzeuge umsteigen, braucht es ei- nerseits ein attraktives Angebot der Hersteller und andererseits ein gut ausgebautes Netz von Ladeinfrastrukturen.
Den strassengebundenen ÖPNV elektrifizieren	©	Monaten bis Jahren	Elektromotoren sind effizienter und emissionsärmer als Verbrennungsmotoren und dieser Vorsprung wird mit der Optimierung der Batterieproduktion und dem Ausbau des erneuerbaren Stromanteils im Netz immer grösser

Bereiche Ernährung und Landnutzung

=> siehe Instrumente bei Kantonen, die oft analog für Gemeinden gelten

Anlagepolitik für Pensionskassen

Klimaschutz im Kanton: Was sind die wirksamsten Massnahmen?

Allgemein

Klimaziele allein reduzieren den CO_2 -Ausstoss nicht. Aber wenn sie ehrgeizig ausgestaltet sind – d. h. **im Einklang mit dem Klimaabkommen von Paris** – und **im kantonalen Gesetz festgeschrieben** sind, geben sie eine wichtige politische Unterstützung für wirksame Massnahmen, die wiederum den CO_2 -Ausstoss reduzieren. Am wirksamsten sind Ziele, die **verbindlich mit Massnahmen verknüpft** sind: D. h. Klimaschutz-Massnahmen treten

automatisch in Kraft, falls das (Zwischen-)Ziel nicht erreicht wird – wie z. B. bei der CO₂-Abgabe auf Brennstoffe im aktuell geltenden CO₂-Gesetz auf nationaler Ebene. Die meisten Kantone verfügen derzeit über gar keine oder unzureichende gesetzlich verbindliche Klimaschutzziele, wie das letzte Rating der kantonalen Energiepolitik zeigt.

Welche Massnahme?	wie wirk- sam?	wirksam in?	was sollte man wissen?
Ehrgeizige Klimaziele gesetzlich festlegen	© ©	Jahren	Ein Paris-kompatibles Klimaziel für die Schweiz <u>hat EBP berechnet</u> : Netto-Null- Emissionen spätestens 2040 bei CO ₂ -Reduktion von 3.6 Prozentpunkte/Jahr. <u>Beispiel-Vorstoss aus FR für ein Klimaschutzgesetz</u>
Einen Masterplan für die Dekarbonisierung vorlegen	© ©	Jahren	Wenn dieser <i>nicht</i> als Ausrede genutzt wird, um so lange weiter untätig zu bleiben (Beispiel-Vorstoss aus Bern oder als «Green Deal für Graubünden»)
«Emissionsbewilligungen» bis 2030 befristen	©©©	Monaten bis Jahren	Bei kantonalen Bewilligungen, z.B. von Heizungsersatz, Inverkehrssetzung von Fahrzeugen, Baubewilligungen (inkl. Industrie), UVPs etc. soll ab sofort zwischen der physischen Apparatur/Immobilie und dem Recht auf Emission unterschieden werden. Das Recht auf Emission soll dabei z.B. auf 2030 befristet werden. Anlagebetreiber, die darüber hinaus Treibhausgasemissionen ausstossen wollen, müssen rechtzeitig Anträge einreichen, welche aufzeigen, dass es keine technischen Ersatzlösungen gibt.
Öffentliches Beschaffungswesen auf Klima- schutzkurs bringen	© ©	Monaten	Je rund ein Drittel der öffentlichen Beschaffung geschieht auf Ebene Kantone und Gemeinden. Die Beschaffungskriterien berücksichtigen die Klimaverträglichkeit oft kaum. Das Potential ist riesig und hat auch auf alle privaten Akteure positive Nebenwirkungen.

Bereich Gebäude

Gebäude sind für einen **grossen Teil der inländischen CO₂-Emissionen** verantwortlich. Laut Bundesverfassung sind **vorrangig die Kantone zuständig** für Energieverbrauch und CO₂-Emissionen der Gebäude. Dieser

Verantwortung werden sie aber kaum gerecht: Im Rating der kantonalen Gebäude-Energiepolitik von 2014 schnitt kein Kanton gut ab. Um gemeinsam beim Klimaschutz im Gebäudesektor vorwärts zu kommen, haben die

Kantone 2014 einstimmig verbindliche **Mustervorschriften (MuKEn)** verabschiedet. <u>Doch fünf Jahre später hat nur eine Handvoll Kantone diese in ihrem Energiegesetz umgesetzt.</u>

Wie viel CO₂ ein Gebäude verursacht, hängt v. a. von der eingebauten Haustechnik (u.a. Heizung) und der Gebäudehülle (Fassade, Fenster, Dach, Kellerdecke) ab. Diese Elemente haben eine **Lebensdauer von mehreren Jahrzehnten**. D.h. Investitionsentscheidungen – z. B. über eine neue Heizung oder eine (ausbleibende) Fassadendämmung – bestimmen die Emissionen

eines Gebäudes über mehrere Jahrzehnte. Deswegen ist es entscheidend, ab sofort ausschliesslich klimapolitisch richtige Investitionsentscheidungen zu treffen. Leider ist dies derzeit überhaupt nicht der Fall: Bis zu zwei Drittel aller Öl- und Gasheizungen werden wieder durch eine fossile Heizung ersetzt. Jede dieser Heizungen ist normalerweise mindestens 20 Jahre in Betrieb und verursacht dabei so viele Emissionen wie 15-20 Autofahrten um die Weltkugel. Wenn wir die Schweizer CO₂-Emissionen Paris-kompatibel in gut 20 Jahren netto auf null reduzieren wollen (s.o.), dürfen also ab sofort keine Öl- und Gasheizungen mehr eingebaut werden.

Welche Massnahme?	Wie wirk- sam?	Wirksam in?	Was sollte man wissen?
Einbau fossiler Heizungen verbieten	0000	3 Jahren	Ein reines «Technologieverbot» wird von Hauseigentümerverband sowie Ölund Gaslobby besonders stark bekämpft.
Wirksame Emissionsgrenzwerte für Gebäude einführen	© © © ©	3 Jahren	Die <u>REDEM-Initiative</u> im Kt. Zürich legt Zielwerte für CO ₂ -Emissionen pro m ² und Jahr fest, die dann erreicht werden müssen, wenn die Heizung ersetzt wird. Auch bei der CO ₂ -Gesetz-Revision auf nationaler Ebene wird dies diskutiert. Die Zielwerte müssen niedrig sein und schnell greifen.
Einbau fossiler Heizungen nur ausnahms- weise erlauben, falls ihre Vollkosten über die Lebensdauer niedriger sein sollten	© © ©	3 Jahren	Der <u>Kt. Basel-Stadt hat diese Vorgabe erfolgreich eingeführt</u> . Zusammen mit einem zielgenauen, attraktiven Förderprogramm kann dies sehr wirksam sein.
Obligatorische Modernisierungsvorsorge einführen	© © ©	4 Jahren	Eigentümer von ineffizienten Gebäuden müssen jedes Jahr einen Betrag zurücklegen, der allein für die energetische Sanierung ihres eigenen Gebäudes reserviert ist. Interpellation im Nationalrat dazu.
Förderprogramm für erneuerbare Heizungen und Gebäudesanierungen einführen bzw. attraktiv gestalten	© ©	10 Monaten	Zu jedem Franken im kantonalen Förderprogramm legt der Bund 2 Fr. dazu. Mit genügend kantonalen Mitteln und attraktiven Fördersätzen können energetische Gebäudesanierungen wirksam unterstützt werden – z. B. mit einem Vorstoss wie im Kt. Bern
Gebäude-Energie-Ausweis (GEAK) für ältere & verkaufte Gebäude vorschreiben	© ©	3 Jahren	Der Gebäude-Energieausweis <u>GEAK</u> zeigt, wie klimafreundlich ein Gebäude ist. Wenn dies für alle (Kaufinteressenten, Mieter etc.) transparent ist, werden CO ₂ -und Energieschleudern weniger nachgefragt.

Welche Massnahme?	Wie wirk- sam?	Wirksam in?	Was sollte man wissen?
Vorgabe, alle öffentlichen Gebäude vorbildlich zu sanieren & fossilfrei zu heizen	©	Wochen bis Jahrzehnte	Der Kanton ist direkt verantwortlich für zahlreiche öffentliche Gebäude wie Verwaltungsgebäude, Schulen, Spitäler. Für diese kann er ohne Gesetzesänderung wirksame Klimaschutzvorgaben machen. Je nach Investitionsvolumen braucht es Zustimmung von Parlament oder Volk bei der Sanierung.
Gebäudeeigne Parkplätze mit Ladeinfrastrukturen für e-Mobilität ausrüsten	©	Monaten	

Bereich Mobilität

Mobilität ist für einen grossen Teil der Schweizer CO₂-Emissionen verantwortlich. Hauptverursacher ist dabei der motorisierte Individualverkehr und noch immer wird ein Grossteil des Verkehrs mit Autos abgewickelt. Mit <u>diesem Vorstoss</u> wird im Kanton FR ein Bericht über wirksame Klimaschutz-Massnahmen im Verkehr verlangt.

Welche Massnahme?	Wie wirk- sam?	Wirksam in?	Was sollte man wissen?
«Emissionsbewilligungen» bis 2030 befristen	©©©	Monaten bis Jahren	Die kantonale Bewilligung bei Inverkehrssetzung von Fahrzeugen soll das Recht auf Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 begrenzen. Wer darüber hinaus Treibhausgasemissionen ausstossen will, muss rechtzeitig Antrag einreichen, welcher aufzeigt, dass es keine technische Ersatzlösung gibt.
Öffentlichen Verkehr gezielt verstärken	© ©	Jahren	Eine Fahrt im öffentlichen Verkehr benötigt wesentlich weniger Energie und Raum als eine Fahrt im Auto. Ein attraktives Angebot des öffentlichen Verkehrs animiert die Menschen zum Umstieg.
Strassenbau stark begrenzen	© ©	Jahren	Neue Strassenkapazitäten steigern die Attraktivität des motorisierten individuellen Strassenverkehrs, weil damit höhere Durchschnittsgeschwindigkeiten möglich sind. Dies bis das Wachstum den Vorteil aufgebraucht hat und wieder die ursprüngliche Durchschnittsgeschwindigkeit erreicht ist. Die Emissionen des Verkehrs sind dann aber auf höherem Niveau als zuvor und es wurde viel Fläche dafür beansprucht und viel graue Energie in den Ausbau gesteckt.
Fehlanreize im Steuersystem beseitigen: Steuer- abzüge für Kosten des (Auto-)Pendelns streichen (Pendlerabzüge)	⊕ ⊕	Wenigen Jahren	Auf Bundesebene wurde ein erster Schritt zur Begrenzung der Abzüge gemacht, die Kantone könnten auf Abzüge ganz verzichten oder diese nur noch für fossilfreie Verkehrsmittel gewähren.

Welche Massnahme?	Wie wirk- sam?	Wirksam in?	Was sollte man wissen?
Ladeinfrastruktur für e-Mobilität ausbauen	© ©	Monaten	E-Mobilität reduziert die Emissionen des Verkehrs. Damit die heutigen Autofahrer auf e-Fahrzeuge umsteigen, braucht es einerseits ein attraktives Angebot der Hersteller und andererseits ein gut ausgebautes Netz von Ladeinfrastrukturen.
Innere Verdichtung und Zersiedlung stoppen	©	Jahren	Je kürzer die Wege sind, desto eher gehen die Menschen zu Fuss oder nutzen das Fahrrad. Mit qualitätsvoller innerer Verdichtung entstehen attraktive Quartiere, wo viele Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs in unmittelbarer Nähe angeboten werden können. Damit werden die Wege für Einkaufen, Freizeit etc. kürzer
Infrastruktur für Veloverkehr deutlich ausbauen	©	Jahren	Velos und e-Velos sind auf Distanzen bis 5 (bis 15) km attraktive und effiziente Verkehrsmittel. Damit aber das Velo genutzt wird, müssen sich die Velofahrenden sicher fühlen. Mit dem Ausbau der Veloinfrastruktur und ausreichend Platz sind sichere Verbindungen möglich und die Velonutzung nimmt zu.
(Restriktive) Bewilligungspflicht für Flugreisen in Verwaltung, Schulen etc. einführen	©	Wochen	Z. B. wie in <u>Anfrage im Kanton Freiburg für Schulreisen</u> vorgeschlagen

Bereich Ernährung

Mit der Art und Weise unserer Ernährung können wir grossen Einfluss nehmen auf klimawirksame Emissionen. Wer sich gesund ernährt, betreibt aktive Klimapolitik. Die grösste Wirkung hat dabei eine Reduktion des Fleischkonsums. Die Tierhaltung verursacht deutlich mehr Treibhausgas-

Emissionen als der Anbau von pflanzlichen Nahrungsmitteln. Auch Foodwaste verursacht grosse vermeidbare Emissionen: also möglichst alle essbaren Lebensmittel essen statt wegwerfen.

Welche Massnahme?	Wie wirk- sam?	Wirksam in?	Was sollte man wissen?
In Kitas Fleischmenus reduzieren	©	Monaten	Eine Reduktion des Fleischangebotes wirkt sich auch positiv auf die Gesundheit der Kinder aus.
Fleisch im Angebot der kantonalen Mensen intelligent reduzieren	©	Wochen	Z. B. «Essen 1» immer vegetarisch, ein Veggi-Day pro Woche, immer nur ein Fleischmenü (beispielhaftes Postulat an den Gemeinderat Zürich)

Welche Massnahme?	Wie wirk- sam?	Wirksam in?	Was sollte man wissen?
Mensen, Kantinen der öffentlichen Hand: Aufkauf und Verarbeitung von nicht der Norm entsprechendem Gemüse und Obst	©	Monaten	Viel Gemüse und Obst kommt gar nicht erst in den Laden, weil es bezüglich Grösse, Form, kleine Mängel nicht den Normen entspricht. Diese Lebensmittel sind aber unbedenklich geniessbar.
Mensen, Kantinen der öffentlichen Hand: Alternative Milchprodukte anbieten auf Basis von Hafer, Dinkel, etc.	©	Monaten	Es gibt ein breites Angebot an leckeren, alternativen Milchprodukten.
Mensen, Kantinen der öffentlichen Hand: Angebot saisonal und regional gestalten	©	Wochen	Die Menügestaltung kann abwechslungsreich dem jeweiligen Angebot angepasst werden.
Negativ-Labelling: Warnsymbole auf Nahrungsmitteln, die per Flugzeug transportiert werden.	©	Monaten	Mit einer Deklaration des Flugtransportes haben der Konsument und die Konsumentin die Wahl. Diese Vorgabe muss an Endverkäufer (Retailer) gerichtet werden, sofern dies auf kantonaler Ebene zulässig ist.
Verbot von fossilen Heizungen in Gewächshäusern und Tierställen (v.a. Pouletmasthallen) - Keine neuen Bewilligungen und klimafreundlicher bestehender Heizungen bis zB 2026.	©©	Jahren	Obst und Gemüse aus fossil beheizten Gewächshäusern haben neben Flugware (s.o.) die schlechteste Klimabilanz; zu Pouletmasthallen s. u.

Bereich Landnutzung

Die Landnutzung kann ganz unterschiedlich sein, von versiegelten Flächen über landwirtschaftlich genutzte Flächen zu Wald. Böden binden viel CO_2 im Humus. Der Humusanteil der Böden muss wo immer möglich erhöht

werden. Mit <u>diesem Postulat</u> wird im Kanton FR eine Auslegeordnung über Klimaschutz-Massnahmen in der Land- und Forstwirtschaft verlangt.

Welche Massnahme?	Wie wirk- sam?	Wirksam in?	Was sollte man wissen?
Bewilligungen für neue Ställe für Pouletmast und Schweinemast verhindern	©	Monaten	Insbesondere die Pouletmast wurde in den letzten Jahren stark ausgebaut. Das führt zum Import von Unmengen an Futtermitteln, deren Produktion und Transport hohe Mengen Treibhausgase verursachen.

Welche Massnahme?	Wie wirk- sam?	Wirksam in?	Was sollte man wissen?
Moore (und Moorböden) renaturieren und besser schützen	© ©	Jahren	Moore sind grosse CO ₂ -Speicher. Gelangt durch die landwirtschaftliche Nutzung oder durch Veränderungen im Wasserhaushalt Luft in den Boden, wird das CO ₂ freigesetzt. Ein wirksamer Schutz dieser Böden und die Wiederherstellung des natürlichen Wasserhaushalts kann diesen Prozess stoppen. Von dieser Massnahme profitieren auch viele Arten, die auf solche Gebiete angewiesen sind.
Keine Bewirtschaftung von organischen Böden	© ©	Jahren	Mit der Bewirtschaftung, insbesondere dem Pflügen von organischen Böden, wie zum Beispiel im Grossen Moos, wird gebundenes CO₂ freigesetzt.
Produktionssysteme fördern, die den Boden so wenig wie möglich bearbeiten	©	Jahren	Eine starke Bodenbearbeitung erhöht den Humus- und somit den CO ₂ Verlust auf der Fläche.
Humusaufbauende, regenerative Produktionsmethoden fördern	© ©	Jahren	Eine regenerative Bewirtschaftung kann CO ₂ aus der Luft langfristig binden.
Agroforstsysteme fördern	© ©	Jahren	Eine Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen mit Mischkulturen auf verschiedenen Ebenen (Bäume, Sträucher, Getreide/Gemüse) führt zu einer besseren CO ₂ -Bindung durch den Anbau. Bäume speichern Kohlenstoff und schützen vor Bodenerosion.

Anlagepolitik für Pensionskassen

Welche Massnahme?	wie wirk- sam?	wirksam in?	was sollte man wissen?
Klimastrategie für <u>Pensionskassen</u> einfordern	© ©	Monaten	Die Vermögen der Pensionskassen sind mittlerweile riesig und sie sind meist in Anlagen investiert, welche eine 5-6 Grad Erwärmung mit sich bringen.
Investitionen von Pensionskassen sind Pariskompatibel	© ©©	Jahren	Pensionskassen sollen ihr Portfolio aktiv umschichten, Fossilenergieinvestitionen abstossen und in klimaverträgliche Alternativen investieren.

Das Rad nicht neu erfinden – sondern gute Beispiele nutzen

Viele der o. g. Massnahmen werden durch einen formalen Vorstoss (Motion, Postulat, Interpellation etc.) an das Parlament oder die Exekutive angestossen. Bereits existierende Vorstösse bilden eine äusserst hilfreiche Grundlage für die Formulierung des eigenen Anliegens. Kantonale oder kommunale Datenbanken der parlamentarischen Geschäfte können als Bibliothek und Inspiration für das eigene Vorhaben genutzt werden. Mit der Such- und Filterfunktion lassen sich die aktuellsten Vorstösse in einem bestimmten Bereich abfragen (z.B. mit Stichworten wie Klima, Energie, Verkehr, E-Mobilität, Heizung, Gebäude, CO2-neutral etc.). Dadurch kann ich von der Vorarbeit anderer engagierter Klimaschützer/innen profitieren.

Vorstoss-Datenbanken von Gemeinden:

- Stadt BE: https://ris.bern.ch/Search.aspx
- Stadt ZH: https://www.stadt-zuerich.ch/portal/de/index/politik_u_recht/stadtrat/geschaefte-des-stadtrates/stadtratsbeschluesse.html
- Stadt Wil: https://www.stadtwil.ch/politbusiness
- Stadt Liestal: https://www.liestal.ch/de/politik/legislative/politbusiness/

... und von Kantonen:

- ZH: https://www.kantonsrat.zh.ch/geschaefte/geschaefte.aspx
- GR: https://www.gr.ch/DE/institutionen/parlament/PV/Seiten/Suche.aspx
- BE: https://www.gr.be.ch/gr/de/index/geschaefte/geschaefte/suche.html
- BS: http://www.grosserrat.bs.ch/de/geschaefte-dokumente/datenbank
- LU: https://www.lu.ch/kr/parlamentsgeschaefte
- BL: https://www.baselland.ch/politik-und-behorden/landrat-parlament/geschafte/neueste-geschaefte

Und mein eigener Fussabdruck?

Wie kann ich in meinen eigenen ökologischen Fussabdruck am stärksten reduzieren? <u>Die zehn wirksamsten Klima-Tipps</u> und <u>der Footprint-Rechner des WWF Schweiz</u> zeigen es.

Quelle und Copyright

Weiterverbreiten und Abändern dieses Dokuments ist auch ohne Quellenangabe herzlich erlaubt und erwünscht! Zusammenstellung, Auswahl und Einschätzung der Massnahmen durch den WWF Schweiz als Dienstleistung an die Klima-Allianz Schweiz. Lebendiges Dokument, das laufend verbessert werden soll. Bei Fragen und Anregungen: climate@wwf.ch